

Platz abbeck

Nr. 6, 13. November 2023

DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt Köln

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln

Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel. 0221-221-278 40, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de

www.linksfraktion-koeln.de

Deutschland-Ticket für Schüler*innen wird kommen

Bereits im August, zu Beginn des Schuljahres, hatten die meisten Kommunen im Kölner Umland ihre Schülertickets auf das Deutschland-Ticket umgestellt. In Köln zögerte nicht nur die Verwaltung lange, sondern auch das Ratsbündnis. Am 26.10. fand sich dann im Rat eine bunte Mehrheit zur Einführung des Tickets.

Die Verwaltung hatte demgegenüber tatsächlich vorgeschlagen, dass Köln weiterhin abwarten soll. Der Grund dafür war vor allem, dass Bund und Land die dauerhafte Finanzierung des Tickets weiterhin verweigern. Für Schulen ist sie nur bis zum 31. Juli gesichert.

In der Ratsdebatte folgten aber nur CDU und SPD dem Vorschlag der Verwaltung. Eine Mehrheit von Linksfraktion, Grünen, FDP, Volt, 'Die Fraktion', GUT und Klimafreunden sprach sich für die alternative Variante aus, für das deutschlandweite Ticket. Die Verwaltung hatte dies redlich als Möglichkeit in ihrer Beschlussvorlage aufgeführt. Die SPD schloss sich der Mehrheit in der Abstimmung dann an.

Die Kürzungen in Bund und Land bereiten den Kommunen auf allen Feldern momentan große Probleme. Längst ist hier nach den großen Ausgaben der Pandemie der Schalter auf Einsparungen umgelegt worden. Mit den Streits wie dem um die Finanzierung des Deutschland-Tickets trägt die Ampel stark zur desolaten Stimmung im Land bei.

Auch in Köln hätten es viele Eltern und Schüler*innen nicht verstanden, wenn der Rat sich für ein „Weiter so“ ohne Deutschland-Ticket

Stadtrat verurteilt die Entlassungen im Druckhaus DuMont

Auf Initiative der Kölner Ratsfraktion DIE LINKE befasste sich der Stadtrat in einer Aktuellen Stunde mit der Schließung der Druckerei DuMont und der Entlassungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dazu gehören auch Zeitarbeiter*innen und die Express-Nachzusteller. Die demokratischen Stadtratsparteien verurteilten die Politik des Verlagshauses in einer nie gekannten Einmütigkeit. Nur die AfD erzählte Blödsinn.

Wenige Tage zuvor besuchte unser Bundestagsabgeordnete Matthias W. Birkwald die Sitzung des Betriebsrates. Am Nachmittag stärkte unsere Fraktionsvorsitzende Güldane Tokyürek auf der Kundgebung vor dem Verlagshaus den Kolleginnen und Kollegen leidenschaftlich

den Rücken.

Bereits am 18. Oktober war der Betriebsrat des Druckhauses DuMont bei uns in der Fraktion zu Gast. Wir alle waren tief betroffen von dem, was der Betriebsrat uns erzählt hat. Was den Mitarbeiter*innen gerade passiert ist ein riesengroßes Unrecht!

Inzwischen ist die ganze Stadtgesellschaft wütend darüber, dass die Lebensleistung der Beschäftigten in der Druckerei, ihre Zukunftspläne, das Schicksal ihrer Familien keine Rolle gespielt hat bei den Überlegungen der Konzernspitze, wie es im Verlag weitergeht.

Der Kölner Rat darf es den DuMonts nicht durchgehen lassen, dass sie über viele Monate die Zer-



Die Verhandlungsdelegation des Druckereibetriebes DuMont zu Besuch in der Fraktionssitzung der LINKEN (Mittwochskreis)



www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de

→ ausgesprochen hätte. Und mit einem weiteren Zögern hätte die viertgrößte Stadt der Bundesrepublik wenig Vertrauen in die Zukunft der Verkehrswende gezeigt.

Doch reagierte die Verwaltung auch auf reale Schwierigkeiten. In Köln gibt es bisher mit dem Preis von 25,30 Euro ein recht soziales Ticket an weiterführenden Schulen. Mit 47.000 Abos besitzt diese Altersgruppe den weitaus größten Anteil an Schülertickets. Im Umland, z.B. in Leverkusen, kosteten diese bisher 38 Euro. Der subventionierte niedrige Preis wurde in Verträgen der Stadt mit VRS und KVB ausgehandelt. Diese Verträge bringen es aber mit sich, dass eine Umstellung

auf das Deutschland-Ticket in Köln komplizierter ist als anderswo. Die Verwaltung rechnet damit, dass die jetzt beschlossene Umstellung bis zum 1.1. oder 1.2.2024 dauert.

Und der Preis für das Schülerticket steigt nun auch in Köln, im landesweit geförderten Modell, auf 29 Euro monatlich. Das sind jährlich 44 Euro pro Kind mehr für eine Familie. Die Linksfraktion hatte deshalb den Antrag gestellt, dass mit Geld aus dem städtischen Haushalt der Preis für das Deutschland-Ticket bei 25,30 Euro gehalten werden sollte. Und dieser Preis sollte auch für die Grundschulen gelten. Denn unverständlicherweise war das sog. Fakultativ-Modell an Grundschulen

mit 32 Euro bislang immer ein gutes Stück teurer als für Kinder der weiterführenden Schulen.

Doch der Rat mochte mehrheitlich unserem Antrag nicht folgen. Der Preis für das Schülerticket steigt. Für DIE LINKE gehören zu einer sozialen Verkehrswende, dass trotz Ausbau des öffentlichen Verkehrs die Preise sinken. Langfristig wollen wir, dass Schüler*innen ein Ticket zum Nulltarif erhalten.

Grüne und CDU gingen beim Schülerticket am 26.10. getrennte Wege. Zunehmend gibt es im regierenden Ratsbündnis Themen, in denen keine Gemeinsamkeit mehr hergestellt werden kann.

Heiner Kockerbeck

→ Entlassungen im Druckhaus

schlagung der Druckerei geplant und durchgesetzt haben. Das muss Konsequenzen haben.

Das Betriebsverfassungsgesetz wurde systematisch umgangen, und Mitarbeiter dazu zwangsverpflichtet an der Produktionsumstellung mitzuwirken. Sogar in den Führungsetagen haben Personen, die davon gewusst haben, gekündigt. Das blanke Entsetzen ist in die Amsterdamer Str. 192 eingekehrt.

Die Betriebsräte machten in den Gesprächen deutlich, was ihnen neben einem ordentlichen Sozialplan wichtig ist:

Gemeinsam sollten Betriebsrat und Stadtrat unsere Demokratie und die Freiheit verteidigen. Wer Beschäftigte so undemokratisch und repressiv behandelt wie DuMont-Schauberg, muss sich nicht wundern, dass die Rechte erstarkt. Verlage und Druckereien müssen Orte der Demokratie und Freiheit sein!

Seit 400 Jahren gibt es dieses Familien-Unternehmen. Patriarchalisch, ein wenig liberal und ein wenig human, so wurde dieses Unternehmen über hunderte Jahre geführt. Das Verlagshaus kämpfte in Zeiten der Preußenherrschaft für die Pressefreiheit. Karl Marx rieb sich immer am Verlagshaus und schrieb am 27.7.1848, in der Zeit der deutschen Revolution, in der Neuen Rheinischen Zeitung, die in Köln erschien, ganz aktuell:

„durch ihr kriechendes, feiles Benehmen hat sie das Vertrauen des

Publikums verscherzt, und um es wieder zu erlangen, muss sie ganz andere Pfade einschlagen, als diejenigen, auf welchen sie jetzt wandelt.“

In Zeiten des Faschismus schwenkte der Verlag bereits Wochen vor der Machtergreifung – und damit deutlich früher als andere – auf nationalsozialistische Linie ein.

2001 haben Grüne und LINKE gegen die Ehrenbürgerschaft von Alfred Neven DuMont gestimmt, aber 2020 die Ehrenbürgerschaft von Frau Hedwig DuMont mitgetragen.

Von einer Familie, die zwei Ehrenbürger in ihren Reihen hat, erwarten wir viel mehr. Gerade jetzt! Eine Ehrenbürgerschaft verpflichtet.

Die Stadtgesellschaft hat das Unternehmen über hunderte Jahre immer kritisch, aber auch respektvoll gesehen. Das ist auch ein Grund, warum sich in den letzten Wochen viele Menschen und Institutionen über die Schließung der Druckerei empören.

Der DGB veröffentlichte einen tollen Aufruf mit zahlreichen bekannten Persönlichkeiten Kölns, den unsere Leserinnen und Leser auch unterschreiben können.

Lasst uns gemeinsam nicht lockerlassen, bis die Beschäftigten einen akzeptablen Sozialplan haben und die Konzernspitze den Entlassenen Übernahmeangebote im Gesamtkonzern macht, wie es der DGB fordert!

Jörg Detjen



Fraktionssprecherin Güldane Tokyürek redet auf der Kundgebung der Entlassenen des Druckhauses des Verlags DuMont-Schauberg: „Die Familie DuMont hat die Zeitungsmacht auf ihrer Seite. Ihr aber habt die Moral auf eurer Seite. Es ist ein Skandal, wie mit euch umgegangen wird. Aber ihr seid laut, und immer mehr Menschen hören euch, auch wenn DuMont euch totschweigen will.“

**Unterstützt die
Unterschriftensammlung:**

<https://koeln-bonn.dgb.de/themen/>

Aus den Bezirken

Innenstadt

Das dubiose Geschäft mit Mikroapartments

Not macht bekanntlich erfinderisch. Dies erkennen zunehmend auch international verrufene Finanzinvestoren und Immobilienentwickler und versuchen, sich mit der Wohnungsnot eine goldene Nase zu verdienen. Vor dem Hintergrund der katastrophalen Situation, die wir in Köln und anderen Städten vorfinden, ist es besonders effizient, möglichst wenig Raum für möglichst viel Geld zu vermarkten.

Für Spitzen-Rendite sorgen zunehmend sogenannte Mikroapartments, die seit einigen Jahren wie Pilze aus dem Boden schießen. Diese Klein- und Kleinstwohnungen werden in der Regel im Rahmen mittlerer bis größerer Bauprojekte realisiert, um dann zeitlich befristet und voll möbliert vermietet zu werden. So lassen sich gesetzliche Wohnraumschutzmaßnahmen zum meist umgehen und erhebliche Profiteure generieren.

Da ein solches Geschäftsmodell zumindest fragwürdig ist, hat sich die Linksfraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt mit einigen Fragen an die Stadtverwaltung gewandt, nachdem sie von Planungen eines Mikroapartment-Komplexes im Belgischen Viertel erfahren hat.

In Stadtgartennähe sollen demnach drei Wohnhäuser abgerissen werden und durch einen Apartment-Komplex mit 186 Kleinwohnungen ersetzt werden. Der Mietpreis für die 18 bis 27 quadratmetergroßen/quadratmeterkleinen Wohnungen wird auf etwa 55 Euro/qm prognostiziert.

Das ist nicht unerheblich, weshalb die Verwaltung auch unumwunden einräumt, dass das Bauvorhaben mit den angesetzten Mietpreisen und dem wirtschaftlichen Verwertungsinteresse keinen Beitrag zum bezahlbaren Wohnen in der Stadt leistet. Die Verwaltung beurteilt überdies die ausschließliche Errichtung von (möblierten) Mikroapartments kritisch und sieht in ihnen keine Alternative zum regulären freifinanzierten und öffentlich geförderten Wohnungsbau. Aus stadt-

entwicklungspolitischer Perspektive wird das Bauvorhaben schlichtweg abgelehnt. Auch die Auswirkungen auf das nähere Wohnumfeld werden kritisch beurteilt.

DIE LINKE wollte überdies wissen, ob die geplante Beseitigung von bestehendem Wohnraum nicht als Zweckentfremdung im Sinne des Wohnraumstärkungsgesetzes (WohnStG) des Landes NRW zu werten sei. Immerhin geht es bei den Planungen nicht um Wohnen im klassischen Sinne, also um auf Dauer angelegte Häuslichkeit, sondern um die Verwendung und Überlassung von Wohnfläche für überwiegend gewerbliche Zwecke. Auch wiesen wir darauf hin, dass es sich nach allgemeiner Auffassung zweifelsfrei um Luxuswohnraum handeln dürfte, was die rechtliche Genehmigungsfähigkeit erschweren dürfte. Tatsächlich teilt die Verwaltung unsere Einschätzung und hat den Antrag auf Zweckentfremdung von Wohnraum durch Abbruch (zunächst) abgelehnt. Da derzeit nicht-öffentliche Verwaltungsrechts- und Bauantragsverfahren laufen, bleibt abzuwarten, wie es mit der skizzierten Kapitalanlage weitergeht.

Michael Scheffer

Ehrenfeld

Eine ruhige Venloer Straße

Seit dem 23. Oktober ist die Venloer Straße zwischen Ehrenfeldgürtel und Piusstraße/Franz-Geuer-Straße Einbahnstraße in Richtung Innenstadt. Der Radverkehr ist in beiden Richtungen frei. Es gilt wieder Tempo 30 und die Venloer Straße ist wieder Vorfahrtstraße. Das hat zu einer schlagartigen Verkehrsberuhigung geführt, die Venloer ist viel

leiser geworden. Ein zusätzlicher Fußgängerüberweg ist bereits eingerichtet. Die Fußgängerampel vor der St. Joseph Kirche ist wieder eingeschaltet.

Noch haben nicht alle Autofahrer die Einbahnstraßenregelung begriffen. Manchmal fahren noch Fahrzeuge gegen die Einbahnstraße, vor allem Fahrzeuge, die aus den Nebenstraßen auf die Venloer abbiegen. Es gibt jedoch viel Linksabbiegeverkehr in die Piusstraße in Richtung Vogelsanger Straße. Der Kfz-Verkehr verlagert sich stadtauswärts auf die Subbelrather Straße und auf die Vogelsanger Straße.

Das war vorhersehbar. Es wird noch eine Zeit dauern, bis sich der Kfz-Verkehr gleichmäßiger verteilt und die Kfz-Nutzenden die kürzesten Wege aus den Nebenstraßen gefunden haben. Noch ist die Einbahnstraße nicht im GPS angekommen. Deshalb wäre es sinnvoll, Hinweise auf die Einbahnstraßenregelung auf der Venloer Straße vor der Inneren Kanalstraße und vor den Abbiegespuren auf der Inneren Kanalstraße anzubringen. Jetzt erfahren die Kfz-Nutzenden von der Einbahnstraße stadtauswärts erst nach der Inneren Kanalstraße und fahren dann durch Piusstraße ab.

Auch die jetzt geltende Regelung ist als Verkehrsversuch für ein Jahr angelegt. Die Zustimmung auf der Venloer Straße ist groß. Bedenken und Beschwerden kommen von den Anwohnerinnen und Anwohnern der Piusstraße und der Vogelsanger Straße. Ein Gastronom auf der Venloer Straße erwägt eine Klage, ermuntert durch den Erfolg der Klage gegen den Verkehrsversuch Deutzer Freiheit. Da der Kfz-Verkehr nicht vollständig verboten ist, und die Venloer Straße mit der alten Regelung ein Unfallschwerpunkt war, sind seine Aussichten nicht besonders groß.



Aus den Ausschüssen

Schule und Weiterbildung

Schule als Gefahr für die psychische Gesundheit

Studien belegen: Depressionen, Angst- und Essstörungen sind nach der Pandemie an Schulen deutlich stärker verbreitet als vorher. Doch die Diskussion um psychische Auffälligkeiten und Krankheiten an Schulen gibt es schon lange. Leistungsdruck machte im vergangenen Jahr die Robert-Bosch-Stiftung als wichtigen Belastungsfaktor dafür aus.

Es ist dem Tag der Jugend im Kölner Rathaus, der Bezirksschülervertretung (BSV) und der Elternschaft zu verdanken, dass die Stadt als Schulträger nun das Thema wenigstens mit ersten praktischen Hilfen aufgreift. Der Tag der Jugend hatte am 7.4.2022 in einem Beschluss festgestellt, dass es viel zu wenig Hilfsangebote gebe. Räumlich seien sie nicht in den Schulen angesiedelt. Schulpsycholog*innen sollten vor Ort wenigstens Sprechstunden abhalten. Mehr Sozialarbeiter*innen seien nötig.

Die BSV hatte sich dem Thema intensiv gewidmet und Ende 2022 zusammen mit dem Kölner Jugendring einen gut besuchten Fachtag dazu durchgeführt. Und die Elternvertretung der Kölner Gymnasien schrieb im Juni einen offenen Brief an Stadt und Land: Psychische Probleme bei Schüler*innen seien ein „neuer Platz Eins auf der Sorgenliste der Kölner Gymnasien“.

Doch es dauerte lange bis jetzt im Oktober 2023 der Schulausschuss in Köln einen ersten Be-

schluss zum Thema fasste. Hervorgegangen ist er aus einem Antrag von SPD und Linksfraktion vom Januar. Nach einem der üblichen Ersetzungsanträge des Bündnisses wurde er schließlich zu einem Antrag aller Fraktionen.

Sein Inhalt: Aus dem städtischen Haushalt 2023/24 werden jeweils 25.000 Euro zur Verfügung gestellt. Damit sollen an Schulen in allen Stadtteilen Workshops für Klassen oder Schülergruppen durchgeführt werden. Die Verwaltung wirbt dafür bei Schulleitungen. In Köln gibt es genügend Fachleute, die solche Workshops durchführen können. Partner bei der Umsetzung ist die BSV, bei der eine Stelle auf Teilzeit- und Honorarbasis angesiedelt wird.

Doch was passiert nach dem Jahr 2024? Schulpsycholog*innen in den Schulen sind im Moment im Rat und im Landtag nicht durchsetzbar. Eine andere Lernkultur, die Selektion, Konkurrenz und Noten- und Druck weitgehend vermeidet, erforderte noch viel stärkeren Druck von unten, ein breites gesellschaftliches Bündnis für eine neue Bildungsreform. War die Demo „Bildungswende“ vom 23.9. dafür ein Anfang?

Heiner Kockerbeck

Rechnungsprüfung

Es gibt immer einen Billigeren

In den letzten Wochen wurde in der Stadtgesellschaft sehr intensiv über die Arbeit der Sicherheitsfirmen und deren Einsatz insbesondere

am 11.11. diskutiert. Hintergrund ist ein Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der die Qualität der Arbeit bemängelt und die Stadtverwaltung auffordert, Abhilfe zu schaffen. Insbesondere wurde kritisiert, dass sich auf mehreren Ebenen ein System von Subunternehmen etabliert hat. Es findet sich immer eine billigere Firma und jede Ebene/Firma will auch etwas verdienen. Die letzten in der Reihe bekommen nicht einmal einen Mindestlohn. Das ist ein komplexes System, das nicht so leicht aus den Angeln zu heben ist.

Immerhin hat die Stadtverwaltung verstanden, dass sie die Qualitätsstandards anheben muss. Inwieweit das schon am 11.11. in der Zülpicher Straße geschieht, wird sich zeigen. Die Stadtdirektorin sagte, dass man in Zukunft Qualitätskriterien bei der Vergabe einführen werde und nicht einfach den billigsten nehmen wolle. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat dies positiv zur Kenntnis genommen und wird sich in seiner Dezembersitzung erneut mit dem Thema befassen.

Das Ganze ist ein heißes Thema, weil es nach dem 11.11. viele sensible Veranstaltungen gibt: Silvester, Karneval und die Fußball-Europameisterschaft. Hinzu kommt, dass der Einsatz von Sicherheitsfirmen auch in vielen anderen städtischen Einrichtungen kritisch gesehen wird, beispielsweise den Museen oder in den städtischen Flüchtlingsunterkünften, die ein ganz sensibler Bereich sind. Die Diskussion ist noch lange nicht zu Ende und spannend, weil es auch um die Arbeitsbedingungen tausender Kolleginnen und Kollegen geht.

Jörg Detjen



Rund 3.000 Menschen demonstrierten am 23. September in Köln für eine inklusive und gerechte Bildungswende.

Foto: Andrea Kostolnik

AVR/Rat

Klammheimlich am Rat vorbei: Stadtverwaltung auf Abwegen!

Eigenmächtig, ohne Rücksprache mit der Politik, hat die Kölner Stadtverwaltung, das Ordnungsamt, den Betrieb der Deutzer Kirmes 2024 an ein privates Unternehmen vergeben. Damit verliert die Gemeinnützige Kölner Schausteller e.G. (GKS), die die Deutzer Kirmes seit 50 Jahren ausrichtet, eine wichtige Einnahmequelle.

Die Gemeinnützige Kölner Schausteller e.G., GKS, ist ein Kölner Verein, der zu 90 Prozent aus Kölner Einwohner*innen und Kleingewerbetreibenden besteht. Insgesamt 130 Kölner Schaustellerfamilien sind dort organisiert. Auf der Deutzer Werft haben sie seit 1996 500.000 Euro investiert, z. B. die Asphaltierung des Platzes oder die Verlegung von Strom- und Wasseranschlüssen finanziert.

Dabei loben sowohl die Stadtverwaltung als auch die Bürgervereinigung Deutz die gute Zusammenarbeit mit dem etablierten Veranstalter. Das betraf in den letzten Jahren vor allem den Lärmschutz und ein Verkehrskonzept, das die Anwohner*innen nicht durch immensen Parksuchverkehr in den Wohngebieten überfordert.

Der Kölner Stadtrat war sich in seiner Sitzung am 26.10. einig, dass das so nicht geht. Es gab eine hitzige Debatte. Doch es war zu spät. Ein Ünding, denn die Verwaltung hatte den Auftrag bereits klammheimlich vergeben. Der zuständige Ausschuss war nicht einmal informiert worden.

Stadtdirektorin Blome, CDU, sagte: „Ich hätte auch gerne vorher gewusst, wie das Verfahren läuft. Das tut mir leid.“ Auffällig ist, dass die zuständige Amtsleiterin ebenfalls

CDU-Mitglied ist. Der zuständige Ausschussvorsitzende AVR Petelkau ist CDU-Fraktionsvorsitzender. Wer bekommt wohl den Auftrag? Möglicherweise ein CDU-Partei-freund? Kann das nur ein seltsamer Zufall sein?

Die Politik muss gemeinsam die Verwaltung in die Schranken weisen. Die Stadt hat auch eine Bring-schuld gegenüber den Akteuren, die seit 50 Jahren Kultur und Freizeit in Köln organisieren. Das sollte nicht noch einmal passieren. Die Ratsfraktion DIE LINKE wünscht der GKS viel Erfolg bei ihrer Klage gegen die Stadt Köln wegen der Vergabe der Kirmes 2024.

Die Zukunft der Kölner Kirmes muss jetzt gestaltet werden. Am 13.11. wird sich der Hauptausschuss mit dem Thema erneut befassen.

Jörg Detjen

Gesundheit

Köln als Cannabis-Modellstadt

Anfang des Jahres hatte der Rat mit großer Mehrheit beschlossen – nur CDU und AfD waren dagegen –, dass Köln sich darauf vorbereiten soll, Modellkommune beim Start der Cannabislegalisierung zu werden. Die Verwaltung sollte u. a. rechnen,

welche Ressourcen dafür nötig sein werden.

Nun liegt die entsprechende Mitteilung vor. Das Gesundheitsamt müsste um 3,5 Stellen aufgestockt werden. Noch nicht näher geschätzt wurden die benötigten Stellen im Ordnungsamt, um Abgabestellen zu kontrollieren. Außerdem wird von einem erhöhten Bedarf in der Jugend-suchtprävention ausgegangen, was Personalkapazitäten sowohl im Jugendamt als auch bei den Trägern nötig macht.

Bedenklich ist, dass die Verwaltung dieses breit getragene Anliegen nicht zu unterstützen scheint. Sie möchte am liebsten nichts mit dem Projekt zu tun haben. Durchführen soll es ein externer Dienstleister. Das geht bei so einer sensiblen Aufgabe gar nicht!

Die Verwaltung geht anscheinend davon aus, dass durch die Cannabislegalisierung unglaublich viele Jugendliche (für die der Konsum verboten bleibt) und junge Erwachsene anfangen zu kiffen. Das ist kaum zu erwarten. Denn schon heute ist es kinderleicht, sich einen Joint zu besorgen und zu konsumieren – allerdings ohne überwachte Qualität. So schädigen heute Stoffe mit hochkonzentriertem Wirkstoff viele junge Menschen.

Uschi Röhrig

Bürgerinitiative für Gesamtschule in Neubrück gegründet

Gut besucht war der TiP (Treff im Pavillon) im Gebäude der Stadtteilbibliothek Neubrück. Nicht alle fanden einen Sitzplatz und einige Besucher*innen hatten passenderweise ihre Kinder mitgebracht. Die Bürgerinitiative für eine Gesamtschule Neubrück hatte am 2.11. zur Auftaktveranstaltung geladen.

DIE LINKE unterstützt diese Bürgerinitiative im Rahmen ihres Projektes „Benachteiligte Stadtteile stärken“. So waren neben dem Fraktionssprecher Heiner Kockerbeck und mir als Bezirksvertreter der LINKEN in Kalk auch die bekannten Vorkämpferin für diese Schulform Anne Ratzki und Ingrid Wenzler, die Vorsitzende der Gesamtschulstiftung, vor Ort, um die neugegründete Initiative zu unterstützen. Weitere Unterstützung kam durch Martin Süsterhenn, den Schulleiter der Katharina-Henoth-Gesamtschule, der in einem sehr engagierten Vortrag die Vorzüge der Gesamtschule darlegte und sogar anwesende Hauptschulmitarbeiterinnen zu begeistern wuss-



te. Nicht wenige Anwesende wünschten sich, selbst in eine solche Schule für alle gegangen zu sein.

Kinder aus Neubrück und Umgebung haben bisher eine geringe Chance auf einen Gesamtschulplatz. Die Hauptschule in Neubrück hat wenig Anmeldungen (Erstanmeldungen 2023 – 25 Kinder) sowie ein großes Schulgrundstück, das sich hervorragend für einen Erweiterungsbau eignet. Das bedeutet, hier könnten schnell 108 Gesamtschulplätze (pro Jahrgang) geschaffen werden. Die Verwaltung hat die Pläne bereits geprüft. Gleichzeitig muss die einzige Gesamtschule im Bezirk jährlich 80 – 120 Kinder ablehnen.

Das Problem: Die schwarz-grüne Mehrheit hat die Neugründung einer Gesamtschule in Neubrück abgelehnt. Man wolle schauen, wie sich die Schülerzahlen durch die Öffnung der Katholikenschule in Kalk entwickelten. Dann solle neu bewertet werden. Dieser Neubewertung wollen die Neubrücker*innen jetzt auch auf die Sprünge helfen, indem sie angefangen haben Unterschriften zu sammeln.

HP Fischer

Klaus Roth

73 Jahre alt, ist schon als Säugling nach Köln gekommen. Als 68er hat er von der Heinemann-Amnestie profitiert, aber die Berufsverbote haben ihn getroffen. Wohin wollte man denn nach einem Studium der Philosophie, Soziologie und Politologie in der ersten Hälfte der 70er Jahre?

Ihn hat es in eine Versicherung verschlagen. Dort war er 28 Jahre lang im Betriebsrat, davon 22 Jahre von anderer Tätigkeit freigestellt, in verschiedenen Funktionen. Schon dabei hat er sich nicht auf die Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes beschränkt, sondern seinen Kolleg*innen geholfen, wo immer er das konnte.

Er sagt: „Im Grunde mache ich das weiter, nur jetzt mit anderen Menschen.“



DIE LINKE hilft: Sozialberatung in Köln

In Köln berät unser Bezirksvertreter in Chorweiler, Klaus Roth, Menschen im Umgang mit Behörden. Er sorgt u.a. dafür, dass sie Leistungsbescheide verstehen oder hilft ihnen, ihre Ansprüche beim Amt durchzusetzen. Zu seinen Klienten gehören z. B. Menschen im ALG-II-Bezug oder Menschen in Geflüchtetenunterkünften.

Platzjabbeck hat mit ihm gesprochen.

Platzjabbeck: DIE LINKE bietet in Köln Sozialberatung an. Ist das Aufgabe einer politischen Partei?

Klaus Roth: Dieses Angebot macht DIE LINKE nicht nur in Köln, sondern in vielen Städten. Sicher, das unterscheidet uns von anderen politischen Parteien. Aber wir sind eben keine Partei, die für Menschen nur etwas durchsetzen will, sondern die gemeinsam mit den abhängig Arbeitenden, Erwerbslosen und auf verschiedenste Weise diskriminierten Menschen eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft anstrebt. Und zur Solidarität gehört eben auch, diejenigen zu unterstützen, die Hilfe brauchen.

Platzjabbeck: Und worin besteht diese Hilfe?

Klaus Roth: Das kommt auf den Einzelfall an. Es beginnt damit, dass wir Menschen, die nicht deutsch lesen und schreiben können, erklären, was in den Schreiben, die sie erhalten haben, steht. Das betrifft übrigens nicht nur Migranten, die

vor kurzem gekommen sind, sondern kommt auch bei Menschen vor, die hier geboren sind. Die nächste Gruppe versteht das Behördendeutsch nicht und weiß daher nicht, wie die Formulare richtig auszufüllen sind. Andere sind unsicher und wünschen eine Bestätigung, dass sie es richtig machen. Und selbstverständlich werden wir gebeten zu prüfen, ob das, was ein Amt geschrieben hat, richtig und rechtens ist.

Ich führe darüber nicht Buch, kann aber sagen, dass unsere Beratung in vielen Fällen zu einer Verbesserung der materiellen Versorgung geführt hat.

Platzjabbeck: Liegt das an Fehlbeurteilungen?

Klaus Roth: Oft ja. Aber da muss man unterscheiden. Ich sage immer: Wo keine Fehler gemacht werden, da wird nicht gearbeitet. An vielen Stellen ist zu wenig Personal, und das führt zu mehr Fehlern. Wenn allerdings für eine Drei-Raum-Wohnung nur eine Lampe bewilligt wird, dann gehe auch ich von Böswilligkeit aus.

Platzjabbeck: Den Ratsuchenden wird also im Einzelfall geholfen, aber dadurch die Probleme ja nicht grundsätzlich gelöst.

Klaus Roth: Die Sozialberatung trägt auch zur Problemlösung bei. Vor der Verabschiedung des Bürgergeldgesetzes konnte ich aus meinen Erfahrungen heraus Kritik am Gesetzentwurf bei einer Anhörung im Bundestag einbringen. In Köln habe

ich im letzten Jahr festgestellt, dass in einer Richtlinie der Stadt über einmalige Hilfen seit 2015 trotz der Preissteigerungen die Pauschalen nicht mehr angepasst worden waren. Im Dezember 2022 wurde das dann endlich nachgeholt.

Platzjabbeck: Ist der Bedarf groß?

Klaus Roth: Wir sind ja nicht die Einzigen, die Beratung anbieten. Das machen auch Wohlfahrtsverbände, Interkulturelle Zentren, Religionsgemeinschaften und andere. Und gemeinsam stellen wir fest, dass der Bedarf in den letzten Jahren gewachsen ist. Durch Corona war der Zugang zu den Ämtern zeitweise völlig verschlossen und er ist heute immer noch schwerer als vor Corona. Gleichzeitig werden auf Bundes-, Landes- und in der Folge auch auf kommunaler Ebene die Mittel für Hilfsprojekte immer mehr gekürzt. Deshalb ist es wichtiger geworden, dass wir weitermachen und weitere Berater*innen einsetzen.

Platzjabbeck: Muss man dafür Jurist sein?

Klaus Roth: Nein, ich selbst bin auch kein Jurist. Man muss auch nicht jeden Paragraphen zum Beispiel des SGB II kennen. Man muss nur wissen, wo man ihn nachlesen kann. Das ist im Zeitalter des Internet erst recht kein Hexenwerk. Eine fachliche Einweisung in das Sozialrecht ist sicher Voraussetzung, aber so etwas wird angeboten und von der LINKEN auch finanziert. Ich würde mich über Unterstützung freuen.

Der Markt richtet es nicht!

Die Wohnungsnot ist eine der größten ungelösten Probleme in Köln. Deswegen ist es wichtig, dass sich der Rat mit dem Versagen der Wohnungspolitik auseinandersetzt und Ideen entwickelt, wie die Krise im Wohnungsbau überwunden werden kann.

Die SPD hat zur letzten Ratsitzung einen wohnungspolitischen Antrag eingebracht. DIE LINKE hat sich intensiv mit dem Antrag der SPD beschäftigt. Er hat Stärken, aber auch Unklarheiten und Schwächen.

Es gibt Gemeinsamkeiten mit den Vorstellungen der Sozialdemokraten. Im Gegensatz zur LINKEN stellt aber die SPD, auch in der Wohnungspolitik, keine grundsätzlichen Fragen. Für DIE LINKE steht fest, dass der Wohnungsbau ökologisch und sozialistisch ausgerichtet sein muss. Deswegen hat die LINKE einen Änderungsantrag vorgelegt, in dem der rote Faden der LINKEN Wohnungspolitik zu erkennen ist.

Die Wohnungsfrage darf nicht dem Markt überlassen werden. Immer mehr Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen können sich in Köln und Umgebung keine Wohnung mehr leisten. Das gilt auch in anderen Ballungsgebieten der Republik. Angebotsmieten jenseits der 15 Euro für den kalten Quadratmeter Wohnraum sind für sehr viele Menschen einfach nicht bezahlbar.

Es ist offenkundig, dass der freie Markt nicht in der Lage ist, die Wohnraumversorgung zu organisieren. Der Staat muss auf allen Ebenen eingreifen. Bund, Länder und Kommunen sind in der Verantwortung.

Was muss die Stadt tun?

Die Stadt muss einerseits die GAG stärken und andererseits in den Aufbau eines 100 %-ig kommunalen Unternehmens einsteigen.

Wenn in Köln über die Wohnungsfrage diskutiert wird, muss auch mit und über die GAG gesprochen werden. Schließlich ist sie größter Vermieter und baut am meisten neue Wohnungen in der Stadt. Die GAG stand in den letz-

ten Wochen und Monaten in der Kritik, in Teilen zurecht. Es reicht aber nicht, nur zu kritisieren: Die Stadt hat eine Verantwortung für die GAG. Die Rahmenbedingungen und die Anforderungen an die GAG haben sich dramatisch verändert. Die Baukosten und die Zinsen steigen stark. Ein Großteil des GAG Wohnungsbestandes muss dringend energetisch saniert werden. Zehntausen-



de von Wohnungen haben aktuell einen energetisch unzureichenden Standard.

Die Stadt muss der GAG Kredite und Bauland zur Verfügung stellen, damit die GAG auch künftig bauen kann und ein sozialer Vermieter für Köln bleiben kann. Bis dato hält die Stadtkämmerei die Hand auf und verlangt jährlich 8 Millionen Euro für die Stadtkasse.

Köln braucht ein rein kommunales Wohnungsunternehmen!

Das neue Wohnbauunternehmen muss ausschließlich der Daseinsvorsorge verpflichtet sein. Es darf keine monetären Ziele verfolgen. Überschüsse müssen in den Bestand investiert oder in preiswerten Neubau fließen.

Erbpacht weiter entwickeln

Städtischer Grund für den Geschosswohnungsbau darf nicht mehr verkauft werden. Das ist gut so. DIE LINKE will, dass dieses Verkaufsverbot auch für städtische Unternehmen wie die moderne Stadt oder die Rheinenergie gilt.

Wenn öffentlicher Grund verpachtet wird, muss zu 75 % preiswerter Wohnraum entstehen und zwar dauerhaft!

33 Millionen Euro kommunale Wohnraumförderung endlich in

den preiswerten Wohnbau investieren

Über viele Jahre hinweg wurden 33 Mio. Euro, die im städtischen Haushalt stehen, nicht ausgegeben. Das Geld muss dringend investiert werden und zwar in Projekte, die durch Landesmittel nicht finanziert werden können, zum Beispiel als Hilfe für junge Genossenschaften.

Bund muss neue Gemeinnützigkeit endlich einführen

Die Ampel in Berlin hat (sehr spät) erkannt, dass die Abschaffung der Gemeinnützigkeit durch Kohl das Desaster beim Wohnen verursacht hat. Der Bund muss endlich die neue Gemeinnützigkeit realisieren. Dazu gehören steuerliche Vorteile

gegenüber der kommerziellen Konkurrenz und die Pflicht, Gewinne in den preiswerten Mietwohnungsbau zu investieren.

Einmal geförderte Wohnungen müssen immer preiswert bleiben.

Österreich macht es uns mit gutem Erfolg vor: Einmal gefördert muss die Wohnung dort immer eine Sozialwohnung bleiben. Wäre das bei uns auch so, hätten wir in Köln weit über 100.000 Sozialwohnungen.

Warum subventioniert der Staat BRD eine Wohnung, die bereits nach 15 bis 20 Jahren fette Dividende abwirft? Der Gipfel des Desasters kommt noch: Allein in 2026 fallen 4.000 Wohnungen in Köln aus der sozialen Bindung, gleichzeitig werden nur 500 neue entstehen.

Ökologie und Wohnbau gemeinsam denken

Wir brauchen dicht bebaute Wohngebiete, um Fläche zu sparen, unter vollständigem Verzicht von Einfamilienhäusern. Im Gegenzug sind großzügige öffentliche Grünflächen nötig. Hier können sich Menschen (im Sommer von der Hitze) erholen.

Energieeffizienz bei Bau und Betrieb schont das Klima und der Wohnung. Geringerer Energieverbrauch führt für Mieter*innen zu geringeren Nebenkosten.

Michael Weisenstein

NSU-Denkmal wird weitergeplant – Kampf gegen Rassismus muss weitergehen!

Dortmund, Hamburg, Kassel, Nürnberg, München und auch Köln: an all diesen Orten hat der NSU terrorisiert, Menschen verletzt und ermordet. Und zwar nicht irgendwelche Menschen, sondern gezielt migrantische Menschen mit dem Ziel, Massenmorde zu verüben. Der NSU hat in einem gesellschaftlichen Umfeld agiert, das Rechtsterrorismus für abwegig gehalten und die Mörder im Umfeld der Opfer gesucht hat.

Auf den Angriff des NSU folgte die traumatisierende und rassistische Reaktion der Mehrheitsgesellschaft, von Medien, Behörden und Politiker*innen. Angehörige der Opfer wurden wie Verbrecher behandelt, durch die Anschläge verletzte Personen trauten sich nicht zum Arzt zu gehen. Es gab eine gewalttätige Täter-Opfer Umkehr. 7 Jahre lang wurde den Betroffenen nicht zugehört, bis der NSU sich selbst enttarnt hat. Doch eine lückenlose Aufklärung der Anschläge ist bis heute nicht erfolgt. Das hat für tiefe Wunden und ein dauerhaftes Misstrauen der Anwohner*innen auf der

Keupstraße gesorgt.

Deswegen ist die Errichtung eines Denkmals, rund 20 Jahre nach den Anschlägen, längst überfällig. Es ist zu begrüßen, dass nicht allein ein statisches, bauliches Denkmal entstehen soll, sondern vielmehr ein dynamischer Raum, der auch aktuelle rassistuskritische Diskurse aufgreifen kann. Es ist richtig, den Fokus auf die Perspektive derjenigen zu legen, die von den Anschlägen und Rassismus insgesamt betroffen waren und sind.

Weiterhin ist es für das Gelingen des Vorhabens zentral, dass auch die Betroffenen an entscheidenden Stellen eingebunden werden. Dass mehrheitlich Betroffene dem Kuratorium angehören sollen, das über die gezeigten medialen Inhalte entscheidet, ist in der Hinsicht ein wichtiger Schritt. Ein Kuratorium, in dem die vom Anschlag direkt sowie von Rassismus Betroffenen die entscheidende Rolle spielen, soll darüber entscheiden, welche Filme und Videos auf dem Mahnmal gezeigt werden.

Es bleibt aber Aufgabe der ge-

samten Kölner Politik und Stadtgesellschaft- und nicht nur etwa des Integrationsrates und des Kuratoriums - die damaligen Ereignisse zu reflektieren, den Betroffenen zuzuhören und für dauerhafte, strukturelle Veränderungen zu sorgen.

Hier haben sich besonders die Initiative „Herkesin Meydanı - Platz für alle“, die Initiative „Keupstraße ist überall“ und der Integrationsrat sowie viele Aktivist*innen verdient gemacht, denen unser Dank gilt. Sie haben die Erinnerung in den letzten Jahren selbst organisiert und, ohne Mühen zu scheuen, für ein Mahnmal gekämpft.

Der NSU war nicht zu dritt, und erinnern heißt auch, gegen rassistische Strukturen und Neonazis immer und überall zu kämpfen, auf dass Sie nicht mehr töten, verletzen oder in unseren Parlamenten sitzen.

Auf der Ratssitzung wurde die Beschlussvorlage der Verwaltung ungeändert und einstimmig beschlossen. Nur die AfD hat sich enthalten.

Sarah Niknamtavin



Passend zu Halloween hat ver.di die Mitarbeitenden im Einzelhandel aufgrund der schaurigen Arbeitsbedingungen am 31. Oktober zum Streik aufgerufen. Unter dem Motto: „Eure Angebote sind der reinste Horror“ haben sich zahlreiche Demonstranten auf dem Roncalliplatz versammelt. Die Forderung nach einer siebten Verhandlungsrunde besteht weiterhin. Gefordert werden 2,50 Euro mehr Lohn pro Stunde, im Groß- und Außenhandel eine Erhöhung um 13 %, mindestens aber 400 Euro mehr Lohn. Außerdem sollen Ausbildungsvergütungen um 250 Euro steigen. DIE LINKE steht solidarisch an der Seite der Streikenden im Einzelhandel!

Isabel Gerken

Fraktionsvorstand einstimmig bestätigt

Die Linksfraktion im Kölner Rat hat ihren Fraktionsvorstand bestätigt. Die Wahl erfolgte einstimmig.

Der Fraktionsvorstand besteht aus den beiden Fraktionsvorsitzenden Güldane Tokyürek und Heiner Kockerbeck und den beiden Fraktionsgeschäftsführern Michael Weisenstein und Dr. Günter Bell.

Güldane Tokyürek und Heiner Kockerbeck freuen sich über diesen Vertrauensbeweis. Angesichts der schwierigen Lage, in der sich die Partei DIE LINKE aktuell befindet, ist ein solches Votum nicht selbstverständlich. Die beiden Fraktionsführer*innen sehen in dem einstimmigen Votum einen Auftrag, ihre Arbeit für ein solidarisches Köln fortzusetzen.

Michael Weisenstein und Dr. Günter Bell wollen das Profil als politische Kraft schärfen, die soziale und ökologische Fragen zusammendenkt. Im Rat und in der Stadtgesellschaft wird DIE LINKE als kritische Opposition vor allem für die Belange benachteiligter Menschen eintreten.

Güldane Tokyürek, Heiner Kockerbeck,
Michael Weisenstein, Dr. Günter Bell

Grannies für future

Nicht auf Wahlen vertrauen, sondern selbst aktiv werden!

Ein unübersehbarer Stand auf der Bonner Straße beim Straßenfest anlässlich des globalen Klimastreiks am 15. September. Am Stand wird der Ahrwein eines mit den „Grannies“ sympathisierenden Winzers ausgeschenkt. Nicht nur deshalb bilden sich an diesem Stand ständig kleine Diskussionsgruppen. Klaus der Geiger unterstützt die Grannies mit ein paar Liedern. Was nicht nur ich zunächst für ein Spottlied auf das verunglückte Heizungs-gesetz des grünen Wirtschaftsministers halte, soll Robert Habeck tatsächlich gegen die populistische Kritik von rechts an seiner verfehlten Klimapolitik in Schutz nehmen. Dieses Missverständnis macht die politische Breite der „Grannies-Bewegung“ deutlich.

Die Grannies – wörtlich übersetzt Großmütter – entstanden, als im April 2019 auf einer Fridays-Demo einige ältere Teilnehmer darüber sprachen, wie sie die jungen Leute unterstützen könnten. Unter ihnen Dieter Gehring. Der ehemalige Schulleiter kennt sich mit Organisation ebenso aus wie mit dem Umgang mit Schüler*innen. Nicht unwichtig, denn schließlich sind die „Fridays“ als Schüler*innenbewegung der Referenzpunkt für diverse „Future“-Bewegungen wie die Students, Parents, Teachers, Psychologists, Scientists und eben die Grannies.

Bei den monatlichen Plena sind unter den 20, 30 Teilnehmenden viele pensionierte Lehrkräfte. Vor allem Menschen, die es gewohnt sind, sich in mehr oder minder linken politischen Zusammenhängen zu engagieren, meist jenseits von Parteien. Wie etwa Lisa, die zu den regelmäßigen Teilnehmerinnen des Rosa-Luxemburg-Gesprächskreises zählt. Sie will aber nicht nur diskutieren, sondern auch etwas Konkretes tun. Sie organisiert mit anderen Grannies die „klimapolitischen Erkundungen“. Die letzte führte entlang des Flehbachs im Rechtsrheinischen, angeleitet von einem sachkundigen Mitarbeiter der städtischen Entwässerungsbetriebe, der den 15 Teilnehmenden die regulierende Funktion des Baches für die

Umwelt erklärte. Eine andere Erkundung führte durch Sülz und Klettenberg auf der Suche nach einer klimatisch im mehrfachen Sinn sinnvollen Gestaltung des öffentlichen Raumes. Zusammen mit dem BUND, dem Grünflächenamt, dem Forstamt werden so die klimatischen Dimensionen der städtischen Umwelt erkundet. Geht es um nette Familienausflüge? „Das fragen wir uns auch immer selbstkritisch“, sagt Lisa. „Es geht schon darum zu gucken, welche Orte klimapolitisch relevant sind. Das kann ein Naturschutzgebiet sein oder eine Bürgerinitiative wie in Bilderstöckchen, die ein Brachgelände gegen einen Straßenbau verteidigt und zu einem ‘Klimapark’ umgestaltet hat.“

Eine andere Gruppe der Grannies kümmert sich um die Verkehrswende. Sie unterstützen Initiativen, die es dort schon gibt, das „Bündnis Verkehrswende Köln“ oder „IG Lebenswerte Lux“, die sich für die Einrichtung einer Verkehrsspur für Radfahrer*innen auf der Luxemburger Straße einsetzt. Lisa war ange-tan davon, dass linke Ratsmitglieder mitarbeiten und die Initiative mit Informationen und Rat unterstützen. Aber, stellt sie kritisch fest, einige altgediente Ratsmitglieder scheinen sich lieber an die Vorlagen der Verwaltung zu halten, als dass sie sich auf die alternativen Vorschläge der Bürgerinitiative einlassen.

Dieter Gehring und einige andere beschäftigen sich derzeit mit „Solar für alle“. Ihre ursprüngliche Idee: bezahlbare Balkon-Solarmodule, etwa für die Mieterinnen und Mieter in Chorweiler anzubieten, sie eventuell sogar selbst zu finanzieren. Dabei geht es ihnen nicht nur um einen individuellen Beitrag zur Klimawende, sondern sie wollen Menschen für das Thema sensibilisieren, die dem bisher eher distanziert gegenüberstehen, weil für sie das Thema der individuellen Existenzsicherung angesichts hoher Mieten und Energiekosten im Vordergrund steht.



In Chorweiler sind sie vorerst am Widerspruch der GAG gescheitert, der diese Wohnungen gehören. Das wird sich hoffentlich ändern, weil die Gesetzeslage bald neue Möglichkeiten eröffnet, hofft Dieter Gehring.

Sie verstehen sich nicht als Missionare, die den Menschen sagen, sie sollen ihre Lebensweise umstellen, sondern sie begreifen Klimagerechtigkeit als gesellschaftliches und politisches Problem, betont Dieter Gehring. Grannies beteiligen sich am RWE-Tribunal, wo es um die Verantwortung der Energiekonzerne geht. Sie waren in Lützerath bei den Demos gegen den Braunkohle-tagebau mit ihren Transparenten und Fahnen präsent. Sie verstehen sich als politisch, aber sicher nicht durchweg alle als antikapitalistisch, meint Lisa. Die einen sind erst vor Kurzem bei den Grünen eingetreten, andere sind von ihnen herb enttäuscht. Vor den Bundes- und Landtagswahlen haben sie dafür geworben, im Interesse der Enkel nur Parteien zu wählen, die glaubwürdig für eine Energiewende eintreten. Das haben viele als Plädoyer für die Grünen verstanden, ein Irrtum, wie sie jetzt feststellen. Was folgt daraus? Erst einmal: Nicht auf Wahlen vertrauen, sondern selbst aktiv werden.

Karl-Heinz Heinemann

www.grannies-for-future-koeln.de

#JetztErstRecht!

Kreisvorstand und Ratsfraktion: „DIE LINKE. Köln steht zusammen“ Pressemitteilung anlässlich der Pläne zur Parteineugründung von Sahra Wagenknecht

Heute hat Sahra Wagenknecht in der Bundespressekonferenz ihre Pläne zur Gründung einer eigenen Partei offiziell vorgestellt. Der Kölner Kreisvorstand verurteilt in seinem Statement „DIE LINKE. Köln steht zusammen“ dieses unsozialistische Verhalten.

Kreisvorstand und Ratsfraktion sind fest entschlossen, weiterhin und gemeinsam für ein soziales und ökologisches Köln zu kämpfen.

Dr. Marius Vogel, Kreissprecher der Kölner Linken, erklärt hierzu:

„Das schon seit langem die Partei lähmende, spalterische Verhalten von Sahra Wagenknecht und anderen ist klar zu verurteilen. Wir können und müssen jetzt den

Blick nach vorne richten und wieder mehr über Sachthemen wahrgenommen werden. In Köln setzen wir uns für benachteiligte Stadtteile ein und kämpfen für eine echte Verkehrswende. Mit diesen Schwerpunktthemen wollen wir Politik für die Kölner*innen machen und sichtbar sein.“

Nadine Mai, Kreissprecherin der Kölner Linken, ergänzt:

„In Köln arbeiten alle Genoss*innen der LINKEN trotz der bundespolitischen innerparteilichen Konflikte eng und solidarisch für ein soziales und ökologischeres Köln zusammen. Wir werden uns als Kölner LINKE auch in Zukunft gegen Krankenhausschließungen, steigende

Mieten und für Geflüchtete einsetzen. Gerade in Zeiten einer erstarrenden AfD ist eine handlungsfähige LINKE wichtig.“

Güldane Tokyürek, Sprecherin der Fraktion, und Heiner Kockerbeck, Sprecher der Fraktion, ergänzen für die Ratsfraktion:

„Für alle sechs Mitglieder der Linksfraktion im Kölner Rat ist klar: Wir bleiben Mitglieder der Partei DIE LINKE. Wir setzen uns gemeinsam weiterhin mit aller Kraft für ein solidarisches Köln ein. Die Kölner*innen erwarten von uns zu Recht vollen Einsatz für eine gleichermaßen soziale wie ökologische Politik. Dafür stehen wir.“

Widerstand gegen die Gentrifizierung

Mitte September fand in Nippes der „Tag des guten Lebens“ statt. Beteiligt war auch die Initiative „Bezahlbares Wohnen in Nippes“. Die Anfang 2022 gegründete Initiative stellte fest, dass bei Vielen ein viel zu großer Teil des verfügbaren Geldes für die Miete draufgeht und Angst vor Verdrängung verbreitet ist. Es entstand die Idee, eine Soziale Erhaltungssatzung für Nippes zu fordern, um diese Entwicklung zu stoppen. Beim „Tag des guten Lebens“ wurden erfolgreich Unterschriften gesammelt: 530 Unterschriften waren es am Ende des Tages. Ganz offensichtlich brennt das Thema vielen Menschen auf den Nägeln.

Bei Diskussionen über diese Angst vor Verdrängung taucht häufig der Begriff „Gentrifizierung“ auf. Aber was genau ist damit gemeint? Dieser Frage geht Leslie Kern in ihrem jetzt auf Deutsch erschienenen Buch nach.

Kern ist assoziierte Professorin für Geografie und Ökologie und Direktorin der Frauen- und Geschlechterstudien an der Mount Allison University in Sackville, Kanada. Ihr Buch ist gut lesbar. Es soll helfen zu verstehen, wie die Gentrifizierung historisch entstanden ist, und wie, wo und warum Gentrifizierung heute

passiert. Vor allem aber soll uns dieses Buch in Erinnerung rufen, dass es zahlreiche Beispiele erfolgreichen Widerstands gegen die Gentrifizierung gibt.

Sie hinterfragt gängige Aussagen über Gentrifizierung und entlarvt sie als Lügen. Etwa, dass Gentrifizierung nicht aufzuhalten sei, denn es gibt viele Beispiele erfolgreicher Initiativen, um Wohnraum zu erhalten und die Gentrifizierung abzuschwächen.

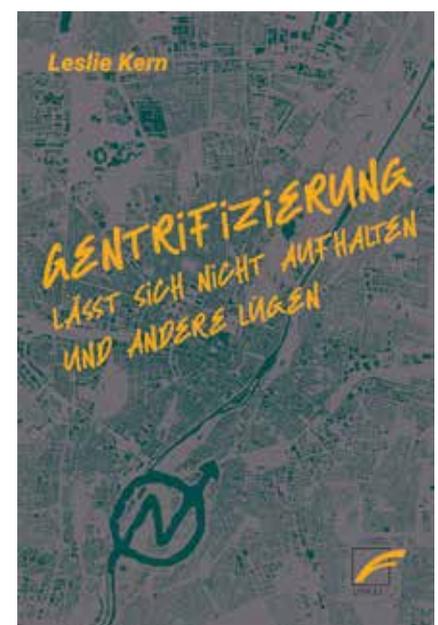
Kern bezieht sich positiv auf materialistische Gentrifizierungstheorien von Neil Smith oder David Harvey. Für sie ist Gentrifizierung aber nicht nur eine Frage der Klasse. In vielen Fällen sei Klasse nicht der wichtigste Motor, sondern müsse zusammen mit Faktoren wie Gender, Race, Heteronormativität, Alter und Kolonialismus gedacht werden. Um Gentrifizierung zu verstehen, sei eine intersektionale Analyse erforderlich - so die Einschätzung Kerns.

Sie ruft uns zu: „Gentrifizierung ist nicht unvermeidlich!“ und ermuntert uns, selbst die Kontrolle über die Entwicklung unserer Stadt zu übernehmen. Dazu zählt sie eine Reihe von Instrumenten auf, mit denen dies gelingen könnte: Etwa kommunale und genossenschaftliche Formen des Eigentums, Einschränkungen

für Kurzzeitvermietungen wie Airbnb oder das Aussetzen von Zwangsräumungen. Ich ergänze: Soziale Erhaltungssatzungen.

Was sollten wir aus ihrem Buch mitnehmen? Dass wir „die Macht haben, die Geschichte umzuschreiben und die Ergebnisse von Prozessen wie der Gentrifizierung zu verändern“.

Hans Günter Bell



Leslie Kern: Gentrifizierung lässt sich nicht aufhalten und andere Lügen
Unrast Verlag, Münster, 2023

TERMINE

Mo., 13. November

2052 - Earth for all. Neuer Forschungsbericht Club of Rome – Prognosen für die nächsten 40 Jahre, Vortrag: Willi Does, VA: Kath. Bildungswerk Köln, im Haus der Kirche, 18.30 Uhr, Kirche St. Marien, Baudriplatz, Nippes, 50733 Köln

Di., 14. November

Rechtspolitische Radikalisierungen im konservativ-katholischen Milieu der BRD, Vortrag: Dr. Andreas Püttmann (Politikwissenschaftler), VA: Kath. Bildungswerk Köln. 18.30 Uhr, Domforum, Roncalliplatz 2, 50667 Köln

Mi., 15. November

Armut? Abschaffen! Abend zur Stärkung demokratischer und sozialer Teilhabe in unserer Stadt, Gespräche mit Betroffenen, Helfer:innen u. Bürger:innen, VA: VHS Köln u. Der Paritätische Köln, Eintritt frei. 17 Uhr, Forum Volkshochschule im Museum am Neumarkt.

Do., 16. November

Stimmen gegen das Vergessen. Esther Bejarano im Spiegel heutiger Erinnerungsarbeit, Podiumsdiskussion mit Abraham Lehrer (Synagogen-Gemeinde Köln), Joram Bejarano (Musiker), André Schröder (Katholisch-Soziales Institut) u. Dr. Annemone Christians-Bernsee (NS-DOK), Musik: Microphone Mafia. 17.30 Uhr, NS-Dok im EL-DE-Haus

Die Gefühlswelt des Antisemitismus oder: Eine Kritik antisemitischer Gefühlstheorien. Vortrag: Johanna Bach, »Aktionswochen gegen Antisemitismus«, VA: BgA Köln, DIG AG Köln, Asta Universität zu Köln, im Hörsaal G im Hörsaalgebäude. 18.30 Uhr, Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50937 Köln

Fr., 17. November

Umkämpfte Erinnerungen.

Gespräch mit Ibrahim Arslan (Überlebender des rassistischen Brandanschlags von Mölln 1992) und der Initiative Duisburg 84. 18 Uhr, Raum für Alle, Genoveastr. 94 / Ecke Keupstr. 51063 Köln

Sa., 18. November

#IchBinArmutsbetroffen! Regelmäßige Kundgebung, VA: ichbinarmutsbetroffen.start.page, 13 Uhr, Treffpunkt: Breslauer Platz, hinter Hbf Köln

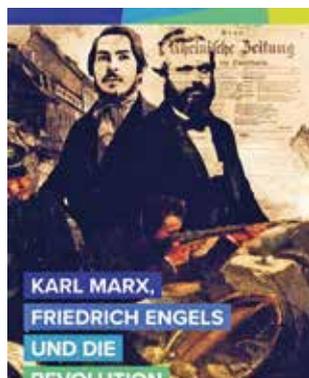
So., 19. November

Möllner Rede im Exil, mit den Familien Arslan und Yilmaz, den Initiativen »Freundeskreis im Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992« und »Herkesin Meydani« sowie weiteren Gästen, Eintritt frei, 15 Uhr, Schauspiel Köln im Depot, Schanzenstr. 6-20, 51063 Köln

Di., 21. November

Wir schweigen nicht! Ausstellung über patriarchale Unterdrückung u. Gewalt, Eröffnung, bis 5.12., VA: hennamond.de, 17 Uhr, Bürgerhaus Stollwerck, Dreikönigenstr. 23, 50678 Köln

Radsport im Nationalsozialismus mit Dr. Dieter Vaupel, Pädagoge und Poli-



Bis zum 15.12. im Historischen Archiv

tologe an der Uni Kassel. 19 Uhr, Friedensbildungswerk, Obermarspforten 7-11. 50667 Köln.

Neuverortung: Wohnen – Arbeiten – Leben. Diskussion zu nachhaltigen Architekturkonzeptionen im öffentlichen Raum, *Eine Stunde Baukultur*, 18 Uhr, Zentralbibliothek, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln

Mi., 22. November

Neue Erzählungen von Solidarität? Die Armutsdiskussion in Deutschland in Zeiten multipler Krisen, Vortrag: Dr. Christopher Smith Ochoa (Sozialwissenschaftler), Eintritt frei. 17.30 Uhr, VHS Studienhaus, Cäcilienstr. 35, 50676 Köln

„Die Qual der Wahl? Ansätze zur Steigerung der Wahlbeteiligung in Nordrhein-Westfalen“ 18.30 Uhr im VHS-Studienhaus am Neumarkt in Köln

Sa., 25. November

Wann setzt DU ein Zeichen? Aktion des Arbeitskreises »Gegen Gewalt an Frauen« und der Kölner Frauenserviceclubs zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, am Bierbrunnen in der Schildergasse, Infos: orangedays-koeln.de, 13 Uhr, Schildergasse, Schildergasse, 50667 Köln

Mo., 27. November

Frauen zwischen Alltag und Taliban. Vortrag zur gleichnamigen Ausstellung von Alea Horst (Fotografin). Seit die Fotografin Alea Horst 2015 als Helferin auf Lesbos im Einsatz war, hat sich ihre Sicht auf die Dinge verändert. 18 Uhr, Motoki Wohnzimmer, Stammstr. 32-34, 50823 Köln

Do., 30. November

Wie weiter mit der AfD umgehen? Diskussion von »Bündnis Köln stellt sich Quer« mit Vertreter:innen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE und FDP. 19 Uhr, DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1.

FRAKTIONS-TERMINE

Mi, 15. November, 16.45 Uhr
AK Umwelt

Do, 16. November, 19 Uhr
AK AVR / Digitales

Mo, 20. November, 18.30 Uhr
AK Gesundheit und Inklusion

Mo, 20. November, 20 Uhr
Sport AK

Di, 21. November, 18.30 Uhr
AK Kunst, Kultur und Medien

Do, 23. November, 18 Uhr
AK Bau, Liegenschaften, Stadtentwicklung und Wohnen

Mo, 27. November, 19.30 Uhr
AK Wirtschaft, Arbeit, Finanzen und Regionales

Di, 30. November, 18.15 Uhr
AK Frauen

Mo, 4. Dezember, 18.15 Uhr
AK Umwelt

Di, 5. Dezember, 18.30 Uhr
AK Kunst, Kultur und Medien

Do, 14. Dezember, 19 Uhr
AK AVR / Digitales

Platzjabbeck

Bitte kostenlos schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 221-278 40, E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de
V.i.S.d.P. Michael Weisenstein



Das Kulturforum Türkei-Deutschland hatte zu einem Doppeljubiläum eingeladen. „100 Jahre türkische Republik“ und „30 Jahre Kulturforum Türkei-Deutschland“. Dem Ruf waren u. a. der Ex-Daimler Chef Edzard Reuter, der als Kind zur Zeit des Nationalsozialismus im türkischen Exil gelebt hatte, und Can Dündar, politisch verfolgter ehemaliger Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, gefolgt. An diesem Abend waren viele spannende Begegnungen möglich. Die Grundstimmung war dominiert von einer sehr pessimistischen Sicht der Beteiligten auf die Entwicklung der Türkei.

Foto: Die Fraktionssprecherin mit Can Dündar. Dessen aktuelles Buch ist lesenswert: Can Dündar, Die rissige Brücke über den Bosphorus. Ein Jahrhundert Türkische Republik und der Westen, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2023, ISBN 978-3-86971-290-1

Partei der sozialen + ökologischen Gerechtigkeit

Die Fraktion DIE LINKE traf sich zur Klausurtagung

Am 21. Oktober lud die Fraktion DIE LINKE zur Klausurtagung im Spanischen Bau ein. Die zahlreichen Gäste starteten mit einem Rückblick auf die letzte Kommunalwahl und die bisher vergangene Legislaturperiode in den Morgen. Wir reflektierten, wo die Fraktion zwei Jahre vor der Wahl steht. Wir wollen daran arbeiten, dass wir in der Öffentlichkeit verstärkt als Partei der sozialen UND ökologischen Gerechtigkeit wahrgenommen werden. Auch die bevorstehende Parteineugründung durch Sahra Wagenknecht und ihre Auswirkung auf Köln wurden diskutiert. (Siehe auch Seite 10)

Als roter Faden der Erarbeitung von Inhalten dienten die UN-Nachhaltigkeitsziele. In drei Arbeitsgruppen beschäftigten wir uns tiefer mit den Zielen „Informelle Bürgerbeteiligung“ und „Geschlechtergleich-



Foto: Hans Günter Bell

stellung“ sowie der Frage, welche Nachhaltigkeitsziele wir mit unserem Projekt „Benachteiligte Stadtteile stärken“ berühren.

Die Impulse, die wir für den Weg der sozialen und ökologischen Transformation gewonnen haben,

wollen wir nun umsetzen. Die Tagung fand am frühen Abend nach einem regen Austausch ihren Ausklang. Die nächste Klausurtagung findet voraussichtlich im Herbst 2024 statt.

Isabel Gerken, Andrea Kostolnik